

Potsdamer Konferenz für Gesellschaft und Sicherheit

26. April 2012

Panel 1:

Das eröffnende Panel der erstmalig stattfindenden Potsdamer Konferenz für Gesellschaft und Sicherheit thematisierte unter dem Titel „Renewable Energy in Europe from Complement to Core: Improving Supply Security?“, inwiefern neue Projekte zur zentralisierten und entfernten Herstellung von erneuerbaren Energien zur Versorgungssicherheit des europäischen Energiebedarfs beitragen können. Dabei wurde der Fokus auf die Herausforderungen und Prioritäten, die sich unter anderem durch den Schutz derartiger neuer Infrastrukturen ergeben, gerichtet.

Den ersten Redebeitrag hielt Dina Abdel-Fattah, Projektmanagerin der DESERTEC Knowledge Platform. Aus einer sozio-ökonomischen Perspektive stellte sie die DESERTEC Foundation vor, welche als weltweite Initiative sauberen Strom aus Wüsten gewinnen will, um so eine nachhaltige Zukunft zu gestalten. Das Hauptaugenmerk des Konzepts liegt dabei zum einen auf der Bekämpfung der globalen Erwärmung bei gleichzeitig zuverlässiger Energieversorgung, und zum anderen auf der Entwicklungsförderung und dem Beitrag zur Sicherheit in den betroffenen Regionen. Sie stellte heraus, dass die wirtschaftliche Entwicklung in einer Region zur wirtschaftlichen Sicherheit und somit letztendlich auch zu einem sozialen Fortschritt beitragen kann. Um die in den Wüsten überflüssige Energie in die großen Nachfrageregionen wie Europa zu transportieren, bestehen heute bereits verlustarme Hochspannungssysteme, die eine entsprechende Distanz mühelos überbrücken können. Investitionen in derartige Systeme sollten jedoch um die Verbesserung der lokalen Infrastruktur und des Humankapitals ergänzt werden.

Im folgenden Beitrag erläuterte Dr. Olaf J. de Groot vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) die Abhängigkeit der globalen Energieerzeugung von instabilen Staaten. Dabei stellte er zu Beginn heraus, dass der Grad an Versorgungssicherheit vom Energiemix abhängig ist. Um einen hohen Grad der Diversifizierung zu erreichen, ist es daher notwendig, das enorme Potential alternativer Energieformen zu nutzen. Jedoch ist die Ausschöpfung dieses Potentials in den vorkommenden Ländern häufig problematisch. So stellen sich die beiden Hauptfragen, inwieweit man sich beim Energieimport von instabilen Staaten abhängig macht und wie sich der Grad des Risikos, insbesondere im Hinblick auf erneuerbare Energien, messen lässt. Mit Hilfe eines Indikators, der die relativen Kosten von Konflikten in Prozent des BIP repräsentiert, lässt sich letztlich feststellen, dass die Anfälligkeit der Energiegewinnung im Laufe der Zeit zunimmt. Dabei sind bestimmte Energieformen stärker betroffen als andere. Die Beobachtung derartiger Entwicklungen ist für die Versorgungssicherheit von enormer Bedeutung.

Im abschließenden Beitrag knüpfte Johan Lilliestam vom Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK) an seine beiden Vorredner an. Gleich zu Beginn stellte er heraus, dass technische und ökologische Probleme zwar gelegentlich Versorgungsausfälle verursachen können, dass das eigentliche Problem jedoch in der Verlässlichkeit anderer Staaten liegt („reliability is the biggest problem we have“). Sein Forschungsansatz sei entsprechend nicht auf der Ingenieursebene, sondern vielmehr auf operationeller Ebene anzusiedeln. So mache man sich beim Energieimport grundsätzlich von anderen Staaten abhängig. Um Störungen innerhalb Europas zu vermeiden gilt es zum einen innerkontinental zusammenzuarbeiten. Zum anderen müssen jedoch auch Unruhen in exportierenden Ländern besänftigt werden. Dies könne unter anderem dadurch geschehen, indem man zunächst auf die individuellen Bedürfnisse entsprechender Länder eingeht und diese beispielsweise zuerst mit Energie versorgt. Eine enge Zusammenarbeit mit denjenigen Ländern, in denen investiert wird, trägt letztlich zur Versorgungssicherheit bei.

In einer anschließenden Diskussion wurde schließlich noch einmal auf die ökonomischen Aspekte von Großprojekten wie DESERTEC eingegangen. Die Teilnehmer des Panels waren sich dabei dahingehend einig, dass stets ein Kompromiss zwischen Kosten und ökologischen Faktoren gefunden werden muss.

Panel 2

Auf dem zweiten Panel „Challenges for International Disaster Relief“ stellten Prof. Dr. Harald Fuhr von der Universität Potsdam, Lehrstuhl für Internationale Politik, Prof. Dr. Dorit Bölsche, Hochschule Fulda, Lehrstuhl für Logistik und Maximilian Mueller vom BIGS Lösungsmöglichkeiten für die organisatorischen und logistischen Herausforderungen der Katastrophenhilfe im Ausland vor.

Zunächst stellte Prof. Fuhr die steigende Notwendigkeit von humanitärer Katastrophenhilfe im Hinblick auf die steigende Zahl der Katastrophen und die zunehmenden globalen Auswirkungen heraus. Er betonte, dass in Zukunft vor allem die ärmeren Länder betroffen sein werden. Daher seien die kapitalreichen Staaten in der Pflicht, die Katastrophenhilfe zu übernehmen, zumal auch sie durch die globale Vernetzung immer stärker indirekt betroffen sind. Mit dem Satz „location is not so important anymore“ beschreibt Prof. Fuhr, dass verschiedene Faktoren die Effekte einer Katastrophe nicht nur auf den Ereignisort beschränken, sondern auf die gesamte Welt ausweiten, z.B. der globale Handel, finanzielle Verpflichtungen oder die Leistungsfähigkeit von Regierung und Verwaltung.

Im Anschluss erläuterte Prof. Bölsche das Konzept der humanitären Logistik. Sie richtet sich vorrangig an der betroffenen Bevölkerung aus, woraus sich zwei Zielvorgaben ergeben: Zum einen soll der Logistikservice verbessert werden, so dass die richtigen Menschen schnell mit den richtigen Hilfsgütern versorgt werden. Zum anderen sollen die Logistikkosten gesenkt werden, damit mehr Geld in Hilfsgüter investiert werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine zunehmende Kooperation zwischen den einzelnen Akteuren notwendig, was beispielsweise durch das Logistik Cluster ermöglicht wird. Mit dessen Hilfe wird die Koordination und Organisation der Hilfseinsätze unterstützt, so dass „Logistik Leben rettet“.

Schließlich beschrieb Maximilian Mueller ein neues Modell, die Hilfsgüter in die Bedarfsrichtung zu bringen. Bisher erfolgte dies vor allem über den Luftweg zum nächstgrößten Flughafen und von dort über den Landweg in die betroffene Region. Allerdings treten dabei zahlreiche Probleme, wie z.B. lange Vorlaufzeiten für Zuschüsse, der Wettbewerb um die Flugzeugkapazitäten und das „Problem der letzten Meile“, auf. Als Alternative zu diesem problembehafteten Weg schlägt er eine „door-to-

door-Lösung“ vor. Dabei werden Landepisten in der Katastrophenregion von kleineren Flugzeugen angefliegen, die Hilfsgüter also direkt am Bedarfsort angeliefert. Die Flugzeuge sollen aus einem Pool stammen, aus dem sie jederzeit für humanitäre Einsätze abberufen werden können, in der restlichen Zeit aber z.B. zu Übungszwecken des Militärs genutzt werden können.

Die Vorträge, wie auch das Panel, haben die hohe Bedeutung der Katastrophenhilfe und die Notwendigkeit, stetig an einer Effektivierung der Hilfeleistung zu arbeiten, herausgestellt. Der steigende Bedarf und auch der wachsende Koordinierungsaufwand stellt große Herausforderungen an alle Akteure der humanitären Hilfe – innovative Lösungen und Kooperationen, sowie eine vorausschauende integrierte Planung sind unabdingbar.

Panel 3

Die Teilnehmer des dritten Panels „Measuring Security and the Security Level of Germany“ beschäftigten sich mit der Frage, wie Sicherheit gemessen werden kann und welche Indikatoren bzw. welche Akteure das Sicherheitsniveau beeinflussen.

Zunächst stellte PD Dr. Rita Haverkamp vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)“ vor. Dieses hat zum Ziel, ein Monitoring zu objektiven und subjektiven Sicherheiten zu erstellen. Während des Vortrags wurde die Vielschichtigkeit von Sicherheit herausgestellt, welche bereits mit dem Finden einer passenden Definition des Sicherheitsbegriffs beginnt. Innerhalb von BaSiD sollen möglichst viele unterschiedliche Dimensionen von Sicherheit erfasst werden, die sich aus den Bereichen Kriminalität, Terrorismus, Naturkatastrophen und technische Großunglücke zusammensetzt. Dabei liegt der Fokus auf den subjektiven Wahrnehmungen und Gefühlen im Hinblick auf Sicherheit. Eine der auftretenden Hauptproblematiken, die alle nachfolgenden Redner bestätigten, liegt in der Aggregation der unterschiedlichen Dimensionen und stellt eine methodische Herausforderung dar.

Im zweiten Beitrag präsentierte Dr. Matenia Sirseldoudi vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) den TERRAS-Index (Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren). Hierbei wird betrachtet, inwiefern das außenpolitische Handeln der Bundesrepublik Deutschland Rückwirkungen auf islamistische Radikalisierungsprozesse in Deutschland haben kann. Mit unterschiedlichen Methoden von vergleichenden Analysen von außen- und sicherheitspolitischem Handeln bis hin zu empirischen Untersuchungen werden dabei Indikatoren erarbeitet, die frühzeitig auf Radikalisierungsprozesse in Deutschland hinweisen können. Der Fokus liegt dabei nicht nur in der Prognose des Potenzials jihadistisch-islamistischen Terrorismus, sondern auch im Erklären vergangener Ereignisse („Not only forecasting but also explaining“).

Im letzten Redebeitrag bekräftigte Carlos Martí Sempere vom Ingenieria de Sistemas para la Defensa de Espana (Isdefe), dass der Sicherheitsbegriff nicht leicht zu fassen sei („Security – An elusive value“) und hob zu Beginn verschiedene Problematiken hervor. Neben der komplizierten Eingrenzung des Sicherheitsbegriffs betonte er, dass in der Bevölkerung häufig ein falsches Sicherheitsgefühl entstehe, da Bedrohungen ignoriert würden. Außerdem herrsche häufig ein irrationales Gefühl der Unsicherheit vor, wenn beispielsweise die Angst vor Terroranschlägen höher als die vor Verkehrsunfällen gewichtet werde. Ein weiteres Problem würden Interessensgruppen, die von Sicherheitsinvestitionen profitieren, darstellen, da sie die Sicherheitswahrnehmung in der

Bevölkerung manipulieren könnten. Aus diesen und weiteren Gründen geht es darum, einen nachvollziehbaren Ansatz zur Messung von Sicherheit zu finden. Dazu geht es zunächst darum, verschiedene Fragestellungen zu klären: Welche Bedrohungen (militärische, finanzielle, terroristische etc.) sollen erfasst werden? Wie kann generell mit unregelmäßig auftretenden Ereignissen umgegangen werden? Wie fallen bei zunehmenden Investitionen in Ausrüstung und Sicherheitsdienstleistungen Gegenmaßnahmen ins Gewicht? Schließlich betonte er, dass die zunehmende Verflechtung privater und öffentlicher Maßnahmen eine zunehmende Herausforderung darstelle.

In der abschließenden Diskussionsrunde wurde unter anderem über die Bedeutung von Terrorismus als potenziellem Bedrohungsfaktor für die Sicherheit in Deutschland kritisch diskutiert und die Messbarkeit von Bedrohungen hinterfragt. Die Referenten wurden insbesondere mit der Frage konfrontiert, ob die Messung von Sicherheit methodisch nachvollziehbar abgebildet werden kann. Dies ist unter anderem eine von vielen Herausforderungen, denen sich das Sicherheitsindikatorprojekt WISIND stellen wird.

Panel 4

Die Teilnehmer des vierten Panels diskutierten über den Konflikt zwischen „Wissenschaftsfreiheit und Sicherheitsbedürfnis“ im Bereich der Wissenschaftsspionage und am Beispiel der Debatte um die Veröffentlichung von Forschungsarbeiten zur Veränderung von Grippeviren.

Zu Beginn erklärte Dr. Dr. Petra Dickmann von der London School of Economics die Ergebnisse zweier Forschergruppen, denen es gelang, den H5N1-Vogelgrippevirus so zu verändern, dass eine effiziente Übertragung von Mensch zu Mensch möglich scheint und die Kontroverse, die sich daraus entwickelte. In den USA wurde die Veröffentlichung der vollständigen Forschungsergebnisse in *Nature* und *Science* zunächst verzögert, aus Angst vor einem Missbrauch der Ergebnisse als Biowaffe. Erst auf Empfehlung der WHO wurden die vollständigen Ergebnisse veröffentlicht.

Um ähnliche Kontroversen in der Zukunft zu vermeiden, empfiehlt Frau Dickmann die Einrichtung eines interdisziplinären und internationalen wissenschaftlichen Beirats, der Forschungsvorhaben sorgfältig mit Blick auf deren Sicherheitsimplikationen prüft. Außerdem setzt sie sich dafür ein, die Risiken offen und offensiv zu kommunizieren, aber dabei auch die potentiellen Vorteile der Forschungsergebnisse, z.B. Grippeimpfungen, zu betonen.

Prof. Dr. Reinhard Grunwald vom Zentrum für Wissenschaftsmanagement in Speyer unterstrich besonders die schrankenlose Gewährleistung der Wissenschaftsfreiheit in Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes. Dadurch hat der Staat keinen Einfluss auf die Wissenschaft, welche folglich nur durch die Kollision mit anderen Grundrechten, wie z.B. die Menschenwürde oder das Recht auf Leben, eingeschränkt werden kann. Jedoch stellte auch Herr Grunwald die Frage nach dem Umgang mit Forschungsergebnissen, die nicht dem Wohle der Menschheit dienen oder Grenzen überschreiten und ordnete die aktuelle Debatte auch wissenschaftshistorisch ein. Letztlich erleben wir in den Lebenswissenschaften eine Diskussion, die in der Physik und Chemie schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geführt wurde. Grunwald stimmte mit Frau Dickmann überein, dass die Risikokommunikation in diesem Bereich zu stärken sei. Abschließend betonte er, dass „Wissenschaft ohne Sicherheit nicht möglich ist, aber auch Sicherheit ohne Wissenschaft nicht möglich ist“.

Ähnlich sah es Dr. Jörg Treffke vom Ministerium des Innern Brandenburg, Abteilung Verfassungsschutz, der Freiheit als wichtiges Element der Sicherheit betrachtet. Er fordert von den Wissenschaftlern, die Verantwortung für ihre Forschungsergebnisse zu tragen. Dabei betrachtet er die Schutzbedürftigkeit von Dritten als Grenze der Wissenschaftsfreiheit. Er sieht nicht nur den Missbrauch von publizierten Ergebnissen als Gefahr, sondern auch die Auskundschaftung von Forschungsvorhaben und die Weitergabe unveröffentlichter Ergebnisse. Allerdings weiß er auch um die Schwierigkeit des Schutzes der Wissenschaftseinrichtungen, insbesondere vor Einzeltätern, denen häufig als „non-professionals“ keine Verbindung zu ausländischen Nachrichtendiensten nachgewiesen werden kann.

Trotz der möglichen Gefahren einer unbegrenzten Forschung hoben alle drei Redner die Notwendigkeit dieser hervor und vor allem den Schutz, den heutige Forschungsergebnisse für die Zukunft bieten.

In der Diskussion wurden deutliche Zweifel daran geäußert, dass staatliche Sicherheitsorgane und ihre Abläufe die geeigneten Institutionen für einen Ausgleich von Wissenschaftsfreiheit und der Eindämmung der aus Forschung erwachsenden Sicherheitsrisiken sind. Letztlich wären die Wissenschaft und die von ihr selbst getragenen Institutionen hierzu wohl besser im Stande. Dieser Diskussion muss sie sich dann aber auch annehmen. Das BIGS, so sagte sein Direktor Tim Stuchtey am Ende der Konferenz, will hierzu auch in Zukunft seinen Beitrag leisten.